

(Präsident.)

(A) Wir treten in die Tagesordnung ein: Interpellation des Abg. Schmidt (Freiberg) und Genossen, die Maul- und Klauenseuche betreffend. (Drucksache Nr. 3.)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

„Welche Maßnahmen gedenkt die Königl. Staatsregierung zu ergreifen, um eine Wiederholung der in letzter Zeit zu Tage getretenen Ubelstände bei der Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen, die Maul- und Klauenseuche betreffend, zu vermeiden?“

Ich frage die Königl. Staatsregierung, ob sie bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Staatsminister Graf **Bixthum v. Göttdt**: Ich bin bereit, die Interpellation zu beantworten.

Präsident: Die Königl. Staatsregierung ist bereit, und ich gebe dem Interpellanten, Herrn Abg. Schmidt, das Wort.

Abg. **Schmidt** (Freiberg): Meine hochgeehrten Herren! Von meinen politischen Freunden bin ich beauftragt, die von uns eingebrachte Interpellation zu begründen.

(B) Ich darf als vollständig bekannt voraussetzen, daß die Besitzer von Klauenvieh bei uns in Deutschland seit ca. 1½ Jahren durch die Maul- und Klauenseuche so arg geschädigt werden, daß sie große Verluste erlitten haben und noch erleiden, wie das wohl lange nicht — vielleicht noch gar nicht — der Fall gewesen ist. In diesen Verlusten liegt nicht etwa nur eine Schmälerung des Einkommens der in ihrem Viehstande durch die Maul- und Klauenseuche betroffenen Viehbesitzer, nein, in diesen Verlusten liegt eine große Gefahr für unsere Viehhaltung überhaupt und so auch eine Gefahr für die Allgemeinheit. Denn durch die große Ausbreitung und die lange Dauer der Seuche werden die ganzen Bestrebungen zur Hebung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Tiere vollständig zum Stillstande, ins Stocken gebracht, und die Bevölkerung leidet Schaden dadurch, daß große volkswirtschaftliche Werte verloren, zugrunde gehen und daß die Erzeugung insbesondere von Milch und Fleisch große Einbuße erleidet.

Die Verluste durch die Maul- und Klauenseuche nur annähernd ziffernmäßig zu berechnen, ist ein Ding der Unmöglichkeit, und wenn solche Berechnungen vielleicht hier und da aufgemacht worden sind, so beziehen sie sich nur auf die Verluste durch das Absterben der Tiere infolge der Seuche, nicht aber auf die Verluste durch die bedeutend verringerte Nutzbarkeit der Tiere, und diese letzteren Verluste sind entschieden die weit größeren.

Meine Herren! Wie hoch die Verluste zu beziffern sind, das geht ja schon daraus hervor, daß der vormalige preußische Landwirtschaftsminister v. Podbielski die Verluste durch die Maul- und Klauenseuche in der preußischen Monarchie im Jahre 1904 auf 100 Millionen bezifferte. Wie groß die Gefahren für unseren Viehstand sind, wie groß die Verluste sein können, das beweist schon der Umstand, daß unser Viehstand in Deutschland einen Wert von 10 Milliarden und unsere Vieh- und Fleischproduktion einen Wert von 5 Milliarden Mark im Jahre repräsentiert. Sie sehen also, meine Herren, daß es sich um große volkswirtschaftliche Werte handelt und daß die Allgemeinheit an der wirksamen Bekämpfung der Seuche und besonders auch daran ein Interesse hat, daß wir uns die Seuche möglichst vom Halse zu halten verstehen.

Wir sehen nun an den jetzigen Zuständen, wie ungemein schwer es ist, dieser Seuche Herr zu werden, wenn sie einmal eine größere Verbreitung im Lande gefunden hat, und welche Betriebsstörungen, welche Härten die Bekämpfungsmaßregeln im Inlande notwendigerweise mit sich bringen müssen und mit sich bringen. Man kann behaupten, daß die Viehbesitzer im allgemeinen die Betriebsstörungen, die Betriebseinschränkungen und all die Härten, die die Vorbeugungs- und Bekämpfungsmaßregeln erforderlich machen, willig auf sich nehmen, ohne zu murren, wenn sie sich nur sagen können, daß diese Maßregeln vollständig notwendig und zweckmäßig sind; und wenn sie sich weiter sagen können, daß durch die Gesetzgebung dafür gesorgt wird, daß eine Wiederholung dieser Kalamität in nächster Zeit nicht möglich sein wird, dann, meine Herren, tragen die Landwirte die ihnen auferlegten Lasten sehr gern. Der jetzige traurige Zustand aber muß auch dem verbissensten Gegner der Landwirtschaft die dringendste Notwendigkeit des Seuchenschutzes an den Grenzen und die dringendste Notwendigkeit einer noch viel schärferen Überwachung der Grenzen klar vor Augen führen, denn es steht ja fest, daß die Seuche diesmal zu uns eingeschleppt worden ist aus Rußland über die deutsche Grenze herüber durch Schmuggler. Man kann in diesem Falle also nicht den Vorwurf erheben, daß der Seuchenschutz an der Grenze ein ungenügender gewesen wäre. Nein, meine Herren, durch ungesetzliche Handlungen ist diesmal die Seuche zu uns hereingebracht worden. Es helfen auch die strengsten Vorsichtsmaßregeln nichts, wenn man nicht gleichzeitig die Grenze scharf überwacht, so scharf überwacht, daß ein solcher Schmuggel nicht mehr möglich ist. Man muß die Schmuggler in Anbetracht dessen, daß die Verluste im Inlande gar so große sind, in Anbetracht dessen, daß die Volks-